

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

2.2.1932 (No. 27)

Ergebnis: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 355 und 354, Postfach Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsangeiger: Chefredakteur G. K. n. e. n. d., Karlsruhe

Abzugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Gebotmal Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhalten tarifierter Rabat, der als Kostenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ankerer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geselligkeit, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Aufruf des Hindenburg-Ausschusses

Der vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn ins Leben gerufene Hindenburg-Ausschuss hat am Montag seinen angelegentlichsten Aufruf für die Volkswahl Hindenburgs erlassen. Er lautet:

„Das Volk will Hindenburg!“

Deutsch! In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Überzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg. Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Woche von der Parteipolitik genannt worden sind. Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist die Überwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsch! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Keiner darf heiseltreten, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutsch! Dein Name gehört Hindenburg.

Berlin, den 1. Februar 1932.

Der Hindenburg-Ausschuss.

Der Aufruf ist unterzeichnet von folgenden Persönlichkeiten, die diesen Aufruf einstimmig beschlossen haben:

- Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, Oberpräsident von Baden, Frau Ministerialrat Bäumer, Verbandsvorsitzer Hans Weich, Oberbürgermeister Selian, Staatsminister a. D. Dominicus, Geheimrat Duisberg, Postbaurat Eshernach, Rechtsanwalt Herrn. Fischer, Wilhelm Klügel, Landesbaurat Frig (München), Reichsminister a. D. Dr. Gessler, Frau Anna v. Gierke, Präsident Dr. Grund, Heinrich Grünfeld, Gerhart Hauptmann, Geh. Regierungsrat Dr. Georg Heim (München), Frau Geheimrat Vohberger, Oberbürgermeister Jarres (Duisburg), Professor Junkers (Dessau), Präsident Dr. D. Kappeler, Generalinspektendent D. Karow (Berlin), Staatssekretär z. D. Dr. Kempner, Dr. Kleemann, Prälat Kreis, Kommerzienrat Krumpholtz (Wien), Freiherr von Landsberg (Steinfurt), Ernst Lemmer, Geheimrat Dr. Leinard, Prof. Liebermann, Arthur Mahraun, Geheimrat Oscar von Müller (München), Präsident Dr. Nusselt, Oberpräsident Gustav Nostke, Geheimrat Prof. Duden, Verbandsvorsitzender Bernhard Otte, Geheimrat Prof. Pfand, Präsident Stadtrat Pflugmacher (Magdeburg), Staatsminister

Schmidt-Ott, Bischof Schreiber (Berlin), Bankdirektor Dr. Solmsen, Professor Philipp Stein, Professor Tillmann (Darmstadt), Frau Dr. Dorothea Velsen, Generalkonsul Wanner (Stuttgart), Frau Ministerialrat Helene Weber, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Frau Dr. Zahn-Darnand.

Die Liste wird noch vervollständigt werden.

Dr. Sahn hat an sämtliche deutsche Zeitungen (mit Ausnahme der kommunistischen Presse) die Bitte gerichtet, in ihren Geschäftsstellen vom 3. bis 6. Februar Listen aufzulegen, in denen alle wahlberechtigten Frauen und Männer zur Einreichung der Kandidatur Hindenburg sich einzeichnen mögen. Ausweise sind nicht erforderlich. Die Listen werden nach Abschluß den Gemeindebehörden vorgelegt, die nachprüfen, ob sämtliche Unterzeichner das Wahlrecht besitzen. Eine Eintragungsliste für die Wiederherstellung Hindenburgs liegt auch in der Geschäftsstelle der „Karlsruher Zeitung“, Karl-Friedrich-Str. 14, aus.

Die Vorgeschichte des Hindenburg-Ausschusses

Oberbürgermeister Dr. Sahn äußerte sich am Montagabend vor Vertretern der Presse in Berlin über die Vorgeschichte der Bildung des Hindenburg-Ausschusses.

Nach dem Scheitern des Versuches, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege zu erreichen, habe die Gefahr bestanden, daß nun einzelne Parteikandidaturen aufgestellt würden, die eine weitere Zersplitterung zur Folge haben müßten. Für die Reichsregierung gab es in diesem Augenblick keine Möglichkeit, von sich aus eine neue Aktion für die Hindenburgwahl einzuleiten. Deshalb mußte der Anstoß von außen kommen, und er mußte schnell kommen; denn der 13. März ist als Wahltermin vorgesehen, und schon aus technischen Gründen müssen außerdem gewisse Fristen für die Wahlvorbereitung innegehalten werden.

Dr. Sahn unterstrich, daß seine Initiative nicht durch die Reichsregierung herbeigeführt, sondern aus eigener eifriger Prüfung der Frage herausgewachsen sei. Es ergab sich dann, daß am selben Tage, als diese Absicht bekanntgegeben werden sollte, auch von München ein ähnlicher Aufruf kam. Der bayerische Ausschuss hat ja auch inzwischen erklärt, daß er die Aktion Sahn's nach besten Kräften unterstützen werde. Dr. Sahn unterstrich ferner, daß er sich, um die Bildung dieses Ausschusses zu erreichen, nicht an die politischen Parteien, sondern in der Hauptsache an solche Persönlichkeiten wenden mußte, die im wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und geistigen Leben des ganzen Volkes wurzelnde große Organisationen hinter sich haben. Es melden sich jetzt täglich zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten, die ihre Mitarbeit anbieten.

Zu den ersten Aufgaben des Ausschusses gehört es nun, die Stimmen zu sammeln, die für den Wahlvorschlag gesetzlich vorgeschrieben sind. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind für die Vorschlagslisten 20 000 Stimmen erforderlich. Dr. Sahn betonte aber, daß die Unterschriftenammlung eine spontane Kundgebung für den verehrten Reichspräsidenten v. Hindenburg und damit die Bitte an ihn sein müsse, sich der Würde eines hohen Amtes von neuem zu unterziehen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat sich einmütig zur Kandidatur Hindenburgs bekannt. — In gleicher Weise haben sich Organisationen des Evangelischen Volksdienstes ausgesprochen. — Die Volkshilfsvereinigung Mannheim hat Hindenburg um erneute Übernahme der Kandidatur gebeten.

* Sorgen der Landwirtschaft

Alle unsere wirtschaftlichen Nöte lassen sich, soweit sie durch innerpolitische Ursachen zu erklären sind, zurückführen auf die Not der deutschen Landwirtschaft. Viel zu sehr hat man in den letzten Jahren auf die Tatsache gestarrt, daß Deutschland seit den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr ein Industrie- und Handelsland geworden ist, und daß heute die deutsche Landwirtschaft insgesamt nur noch etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung beschäftigt.

Zunächst hat sich gezeigt, daß diese industrielle Entwicklung — und das ist eine in der ganzen Welt zu beobachtende Erscheinung — bereits hypertrophischen Charakter angenommen hat, also, vom Standpunkt einer harmonischen und gesunden Volkswirtschaft aus gesehen, bereits zu einer Gefahr wird. Und zweitens hatte man vielfach über dem glänzenden Aufstieg der Industrie und des Handels ganz und gar vergessen, daß bei der geographischen Lage Deutschlands und bei dem völligen Mangel an Kolonien die deutsche Landwirtschaft binnenwirtschaftlich trotzdem immer noch eine entscheidende Rolle spielt, daß sie auch heute noch von allen Produktionsarten die wichtigste ist, und daß auch noch die Beschäftigung etwa eines Viertels der Bevölkerung in ihrem Bereich einen sehr erheblichen Prozentsatz darstellt.

Wir sind heute in Europa bereits soweit, daß alle die Staaten, die in den letzten Jahrzehnten einer immer stärker werdenden Industrialisierung anheimfielen, vor der Notwendigkeit stehen, das Rad herumzuwerfen und der Pflege des Binnenmarktes und damit der heimischen Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Sache liegt so: Handel und Industrie können ihren bisherigen Umfang nur dann aufrechterhalten, wenn sie genügend exportieren oder im Lande selbst genügend Käufer finden. Denn auch sie sind an das Gesetz von Angebot und Nachfrage gebunden, auch sie können nur so lange im bisherigen Umfang produzieren und verkaufen, als sie die Käufer dafür finden.

Gewiß haben wir auch noch für 1931 eine sehr imponierende aktive Handelsbilanz. Das heißt: unsere Ausfuhr war um etwa 2 1/2 Millionen größer als unsere Einfuhr. Aber wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß trotzdem die Exportmenge und der dafür erzielte Gewinn gegenüber 1930 um einen immerhin beträchtlichen Prozentsatz zurückgegangen ist. Der Ausfuhrüberschuss erklärt sich lediglich dadurch, daß eben unsere Einfuhr sich noch viel mehr verringert hat. Wenn alle die Staaten, denen wir Exportware liefern, zum Protektionismus übergehen — und das ist prinzipiell durchaus zu erwarten, ja in einzelnen Fällen heute schon Tatsache —, dann wird unser Export sich ganz von selbst noch weiter verringern. Wir werden also noch weniger die Möglichkeit haben, Waren und Lebensmittel einzuführen, da wir bei schrumpfendem Export nicht die Devisen werden aufbringen können, die notwendig sind, um eine solche Einfuhr zu bezahlen.

Was nun aber den Käufer im Lande selbst anlangt, so wissen wir, daß sich die Kaufkraft in den letzten Jahren in einer sehr beunruhigenden Weise verkleinert hat. Und hier ist es in der Tat in erster Linie der Ausfall des Landwirts als Käufer, der allenthalben aufs bitterste empfunden wird. Der Landwirt kann nicht mehr in dem Maße wie früher kaufen, weil er selbst mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die deutsche Landwirtschaft macht eine Krise durch, deren Ernst und Bedeutung am besten durch die Tatsache gekennzeichnet wird, daß im Jahre 1931 die Zwangsversteigerungen vier- bis fünffach größer waren, als in den Jahren vorher. Der landwirtschaftliche Betrieb ist unrentabel geworden. Und, wo aus einem Betrieb keine Rente herausgewirtschaftet wird, ist der Besitzer des Betriebes, in diesem Falle der Landwirt, auch nicht imstande, seinerseits größere Käufe zu tätigen. Nach der neuesten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts beträgt die Großhandelsindexziffer für Agrarstoffe 91,8 Prozent! Das heißt: der Landwirt bekommt für sein Produkt, das in der Vorkriegszeit mit 100 Mark bezahlt wurde, nur noch 91,80 Reichsmark!

Er selbst aber ist keineswegs in der glücklichen Lage, das, was er benötigt, ähnlich billig zu bezahlen. Er selbst zahlt durchschnittlich für seine Bedarfsartikel Preise, die um 20 bis 40 Prozent höher sind als die Vorkriegspreise.

Letzte Nachrichten

Die Abrüstungskonferenz

Vor der Eröffnung

Genf, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Die mit wachsender Spannung von der gesamten Weltöffentlichkeit erwartete, Jahre hindurch heiß umstrittene allgemeine Abrüstungskonferenz wird sich nach der heutigen formalen Eröffnungssitzung sofort bis Anfang nächster Woche vertagen, um inzwischen eine Reihe innerer Angelegenheiten durch Ausschüsse regeln zu lassen.

Generalforscher wird in seiner Eröffnungssprache, die auf allen Erdteilen durch Rundfunk verbreitet wird, werden, die heißen Fragen zu berühren und um so mehr die großen Grundzüge betonen. Er wird die in den letzten Jahren abgeschlossenen internationalen Pakte erwähnen, die in Verbindung mit einer Herabsetzung der Rüstungen ein Bollwerk des Weltfriedens bilden. Auf Vorschlag Generalforschers werden dann Ausschüsse für die Prüfung der Vollmacht der Konferenzteilnehmer und für die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung eingesetzt werden.

Die bevorstehende Konferenz wird von Freunden wie von Gegnern der Abrüstung vorförmlicher Weise als die erste bezeichnet, und sie heißt, wie man besonders in Deutschland nie vergessen sollte, offiziell lediglich „Konferenz für die Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen“, eine Bezeichnung, von der jedes Wort in der verschiedensten Weise ausgelegt werden kann.

Die Möglichkeiten der Belebung der Wirtschaft

Äußerungen amerikanischer Wirtschaftsführer

W.B. New York, 2. Febr. (Tel.) Albert Wiggan erklärte über die Berliner Stillhalterhandlungen: Die Banken und die deutschen Schuldner tun ihr Bestes. Vor allem ist jedoch die Zusammenarbeit aller Regierungen nötig, um Deutschland und die Welt wieder zum Gedeihen zu bringen.

B. W. Anderson von der Chase-National-Bank, der Wiggan begleitet, betonte, die Wiederherstellung des Weltkredits und der Weltwirtschaft sei rasch möglich, wenn neben einer allgemeinen Ermäßigung der Zölle eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems und der Frage der interalliierten Schulden erfolgt.

Die Gewinne der B.3.

W.B. Basel, 2. Febr. (Tel.) Laut Schweizerischer Depeschengeneratur wird der Gewinn der B.3. in dem mit März zu Ende gehenden Geschäftsjahr rund 13 Millionen Schweizer Franken (i. B. 11,5) betragen, so daß die Minimaldividende von 6 Prozent gesichert ist.

Größere Verluste hat die Bank nur in japanischen Yen erlitten, die infolge der Ereignisse im Fernen Osten in den letzten Tagen eintraten, die aber durch eine ziemlich große Devisenreserve gedeckt sind.

Schweizerisches Einreiseverbot für Radel. Die Berliner schweizerische Gesandtschaft hat dem früheren russischen Volkskommissar Radel, der sich zur Abrüstungskonferenz nach Genf begeben wollte, das Einreiseverbot für die Schweiz verweigert.

Die sozialen Lasten aber sind ebenso, wie die Steuern und öffentlichen Lasten, gar um das Vierfache gestiegen. Die sozialen Lasten (für 1913 und 14 mit 100 angelegt) betragen in Deutschland: 1924/25 220, 1926/27 360 und 1930/31 400. Die Steuern und öffentlichen Lasten (ebenfalls für 1913/14 mit 100 angelegt) betragen 1930/31 für Ostdeutschland 340, für das übrige Deutschland etwa 400. Wie müßten also wohl die Preise aussehen, die der Landwirt selbst für sein Produkt bekommt, wenn er all diesen Anforderungen entsprechen wollte, ohne dabei zugrunde zu gehen?

Die Rechnung ist ja an und für sich ganz klar. Wenn jemand mit seinem Betriebe nicht einmal das verdient, was er in der Vorkriegszeit verdient, kann er unmöglich auf die Dauer selber Preise, soziale Aufwendungen, Steuern und Abgaben zahlen, die wesentlich höher sind als in der Vorkriegszeit. Und alle Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft werden auf die Dauer nichts fruchten, sie werden hinausgeworfenes Geld sein, wenn es nicht gelingt, das Übel an der Wurzel zu fassen und den landwirtschaftlichen Betrieb wieder einigermaßen rentabel zu machen. (Fortf. folgt.)

Wagemann über seinen Plan

Auf Einladung der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft sprach am Montagabend in Berlin Prof. Wagemann über seinen Plan einer Geld- und Kreditreform als Ausweg aus der Krise. Er erklärte, daß sein Plan eine privatwissenschaftliche Arbeit sei und daß die Reichsregierung und die Reichsbank dem Plan völlig fern ständen. Sein Plan habe mit einer Inflation nichts zu tun, sondern veruche im Gegenteil, die Gefahr einer Wertentwertung zu bannen.

Die Reform wolle keine Valutaverflechtung, keine Vinnendwährung für kleine Leute und Außenwährung für die Reichen, also keine Doppel- oder Parallelwährung, keine Noten- oder sonstige Inflation, zumal sie nicht einmal eine Notenermehrung vorsehe, aber auch keine Deflation. Was der Reformplan erstrebe, sei die Zurückholung der inländischen Gelder in den Bankapparat und damit Steigerung der Liquidität der Kreditinstitute und der Wirtschaft, ferner Hemmung der Kapitalflucht und Zurücklenkung des ins Ausland gegangenen Geldkapitals, Aufstauung der eingefrorenen Kredite.

Der Giroverkehr müsse mit besonderen Sicherheiten umgeben werden, genau so, wie der Gesekgeber die Banknote als Zahlungsmittel schütze. Die Reform des Giroverkehrs erfordere seine Stellung unter ein besonderes Recht, und für die Giroreserven sei Deckung mit besonders liquiden Aktiven notwendig. Eine solche Maßnahme setze allerdings ein Liquidationsverfahren für die festgelegten verlorenen Aktivposten voraus, um beste und sichere Anlagen für das Girogeschäft zu schaffen.

Schließlich behandelte er noch seine bekannten Gedanken über eine Änderung des Notensystems, wobei er davon ausging, daß die Möglichkeiten des Notenumlaufes auf die Erfordernisse des Giroverkehrs eingestellt sein müßten. Im Interesse des Ausgleichs der Zahlungsbilanz lege auch er den größten Wert auf eine ausreichende Golddeckung. Es sei aber verfehlt, die Goldreserve in Verbindung mit den Zahlungsmitteln zu bringen, die lediglich der Verbrauchswirtschaft dienen.

Gegenüber dem Einwand des Inflationsgehalts bzw. inflationistischer Tendenzen, der an den Vorschlag der Deckung des „Notungeldes“ bis zur Höhe von 5 Milliarden Reichsmark durch eine Staatsschuld oder durch Wertpapiere geknüpft sei, stellte er klar, daß Noten in dieser Höhe tatsächlich gar nicht ausgegeben werden sollten.

Auch der vorgesehene Drei-Milliarden-Reichsmark-Kredit an das Reich sei kein zusätzlicher, sondern nur als Kreditumformung im Sinne einer Fundierung von Kurzrediten in Langkrediten gedacht, indem die kurzfristigen Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden bei Sparkassen und Notenbanken in echte Langkredite umgewandelt werden sollen. Durch diese Entlastung schaffe man Möglichkeiten besserer und billigerer Kreditversorgung für die Produktionswirtschaft.

In Kaschmir (Nordwestindien) ist ein Aufstand ausgebrochen. Auch die Städte Mirpur und Sotli wurden von den Aufständischen belagert, ein Hindutempel und eine Bank geplündert und eingeschert. Britische Truppen drangen in Kaschmir ein, um wichtige Kanalarbeiter im Mirpur-Bezirk zu schützen.

Prof. Dr. Vulpinus 65 Jahre alt. Am letzten Samstag beging der weit über Heidelberg's Grenzen hinaus bekannte Orthopäde Prof. Dr. Oskar Vulpinus in außerordentlicher Müdigkeit seinen 65. Geburtstag. In Vorberg, als Sohn eines Apothekers geboren, war er nach Vollendung seiner Studien von 1891 bis 1896 Assistent von Geheimrat Czerny an der Chirurgischen Universitätsklinik in Heidelberg und habilitierte sich schon 1894 an der Universität, wo er 1902 ordentlicher Professor wurde. Die Einrichtung der orthopädischen Poliklinik im Jahre 1894 und der orthopädischen Privatklinik im Jahre 1896 war sein Hauptverdienst. Sein internationaler Ruf gründet sich im wesentlichen auf die von ihm angewandten Methoden der Nervenüberpflanzung und neuartigen Gelenkoperationen. Der 1906 gegründete Badische Verein für Arztpflege und das Landeskrankenhaus in Heidelberg verdanken ihre Entstehung im wesentlichen seiner Initiative. 1912 richtete er in Bad Rappenau, das heute als eine Art Heilanstalt sehr bekannte Sanatorium ein, dessen leitender Arzt er noch heute ist. Bemerkenswert ist noch, daß Vulpinus, der während des Krieges als Oberstabsarzt und Führer einer Sanitätskompanie an der West- und Ostfront tätig war, auch auf der berichtigten Auslieferungsliste stand. Ein von ihm selbst beantragtes Verfahren vor dem Deutschen Untersuchungsausschuß hat die Beschuldigungen einwandfrei entkräftet.

Professor Jacques Stückgold beging am 29. Januar ein doppeltes Jubiläum. Er wurde 50 Jahre alt und blüht zugleich auf eine 25jährige Tätigkeit als Gesanglehrer zurück. Professor Stückgold, gebürtig in Warschau, entstammt einer sehr musikalischen Familie. In seiner Heimatstadt, sowie später auch in Italien, namentlich in Mailand und Venedig, studierte er bei bekannten italienischen Meistern. Seine Laufbahn als Gesanglehrer begann der Jubilar in Karlsruhe. Es folgte eine fast zwei Jahrzehnte dauernde Tätigkeit in München und Mailand. Seit sieben Jahren bekleidet er das Amt eines Gesangspädagogen an der Hochschule für Musik in Berlin. Von seinen Schülern seien u. a. Sigrid Onegin, Lotte Schöne, Constanze Rettesheim, Suzanne Piffner, Marcell Wittrich, Willy Domgraf-Fahbender genannt. Weltweit haben erlangt: Frau Matti-Fahbender, Maria Okzewska, Grete Stückgold, Marcella Weingartner, Emil Schwiber, Stephan von Helina.

Der Konflikt im Fernen Osten

Neue Vorstellungen der Mächte bei Japan
W.D. Washington, 2. Febr. (Tel.) Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben neue und nachdrückliche Vorstellungen bei Japan erhoben. Über den Inhalt dieser Vorstellungen ist nichts bekannt gegeben worden. Sie sind erfolgt im Anschluß an einen Besuch des britischen Botschafters in Washington im Staatsdepartement und an eine direkte transatlantische Befragung zwischen Stimson und dem amerikanischen Geschäftsträger in London, Ray Atherton.

W.D. London, 2. Febr. (Tel.) In amtlichen Londoner Kreisen ist man empört über die Art und Weise, in der die Aktion der Japaner die ungeheuren britischen Interessen gefährde. Das in der internationalen Niederlassung in Shanghai eingeleitete britische Kapital betrage mindestens 70 Millionen Pfund Sterling. Leider habe es den Anschein, als ob das japanische Außenministerium unfähig sei, die Marinebehörden zurückzuhalten.

Japan will keine Rücksicht nehmen
W.D. Tokio, 2. Febr. (Tel.) Die amerikanischen und englischen Vorstellungen bei Japan wegen der Vorfälle in Shanghai haben hier erhebliches Aufsehen und Verstimmung verursacht. Nach japanischer Auffassung sind die Tatbestände und Absichten Japans völlig verkannt und falsch gedeutet worden.

Das japanische Kabinett hat nunmehr beschlossen, ohne Rücksicht auf irgendwelche fremde Schritte die bisherige Politik beizubehalten.

Japan und China erhalten keine „Kriegs“-Anleihe

W.D. New-York, 2. Febr. (Tel.) Namens der führenden Bankiers von Wallstreet wurde heute erklärt, daß weder Japan noch China instandgesetzt würden, in London oder New-York Anleihen für die Führung eines Krieges zu erhalten.

Kriegszustand ohne Kriegserklärung

An der Sitzung, die am Samstag in Nanking stattfand und in der die Frage der Kriegserklärung Chinas an Japan besprochen wurde, haben die obersten chinesischen Führer, darunter Tschiangkai-schek, teilgenommen. Alle seien für die Ergreifung von Kriegsmassnahmen geneigt, aber — wie gemeldet wird — für einen Krieg ohne vorhergehende Kriegserklärung.

Die chinesische Regierung hat am Montag in einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes die Presse-meldungen über die angeblich bevorstehende Kriegserklärung als aus der Luft gegriffen bezeichnet. China übe nur das Recht des souveränen Staates auf legitime Verteidigung aus, werde Japan nicht den Krieg erklären und halte die im Völkerbundsstatut, im Kellogg-Pakt und Neunmächtevertrag übernommenen Verpflichtungen, trotz deren dauernder Verletzung durch Japan, ein. In der chinesischen Delegation werde das falsche Reuters-Telegramm als bestellte Kriegshetze bezeichnet.

Die europäischen Mitglieder der Untersuchungskommission, die auf Grund der Pariser Nationschlichtung vom 10. Dez. gebildet wurde, haben sich geeinigt, am 3. Februar über Amerika nach der Mandchurie zu fahren.

Japanische Landung in Nanking

Die Japaner haben nach einem Bombardement der chinesischen Hauptstadt Nanking am Yangtschiangfluß nun auch dort Marinekontingente gelandet. Die Beschießung der Stadt geschah durch einen japanischen Kreuzer. Insgesamt wurden 20 Granaten abgefeuert. Die chinesischen Truppen erwiderten das Feuer zunächst nicht. Der amerikanische Bericht „Simpson“ mußte seinen Fehler veranlassen, um aus dem Feuer der Japaner zu kommen. Die japanischen Marineinfanteristen wurden in Schutze heftigsten Sperrefeuers an Land gebracht. Es kam dann zu erbitterten Kämpfen. Vor Nanking liegen vier japanische Kreuzer und drei Zerstörer, während die Chinesen dort drei Kanonenboote, die Vereinigten Staaten und Großbritannien je ein Kanonenboot haben.

W.D. Nanking, 2. Febr. (Tel.) Der Leiter der Polizei hat heute früh mit dem japanischen Oberbefehlshaber die Lage besprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Frieden aufrechtzuerhalten. Alle Japaner, einschließlich der Konsulatsbeamten, haben Ruhe verlassen und sind nach Japan abgereist. Alle Banken haben geschlossen. Einige Fälle von Blindenrungen haben sich ereignet.

Wiederbeginn der Kämpfe in Schanghai

W.D. Schanghai, 2. Febr. (Tel.) Man rechnet mit einem baldigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten. Der japanische Oberbefehlshaber erklärte, die Chinesen hätten die Waffenruhe gebrochen; er werde gezwungen sein, Maßnahmen zum Schutze seiner Seeleute zu ergreifen. Die Ankündigung des Admirals habe die Nervosität hier noch vergrößert.

Die Japaner vor Charbin

W.D. London, 2. Febr. (Tel.) „Times“ meldet aus Tokio: Die japanischen Streitkräfte in der Mandchurie stehen noch immer in einiger Entfernung von Charbin, da sie durch eine zusammengebrochene Brücke in ihrem Vormarsch aufgehalten sind und Verstärkungen erwarten. Der stellvertretende Sowjetkommisär, Karachan, hat dem japanischen Botschafter in Moskau mitgeteilt, daß die Sowjetregierung nötigerweise genötigt sein wird, Protest zu erheben, falls die Japaner in Charbin einrücken.

38 Nationalsozialisten in Magdeburg verhaftet. Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es am Montag in Magdeburg zu verschiedenen Zusammenstößen, bei denen ein unbedeutender Arbeiter durch einen Stich in den Hals schwer verletzt wurde. In den späten Abendstunden nahm die Polizei eine Durchsuchung des SA-Heimes vor und verhaftete 38 Nationalsozialisten. Bei der Durchsuchung eines SA-Heimes leisteten die SA-Leute, wie von der Polizei erklärt wird, Widerstand, so daß der Eingang gewaltsam erzwungen werden mußte. Die SA-Leute stellten sich der Polizei mit Knippen und teilweise auch mit Dolchen bewaffnet entgegen. Sie hatten Stühle zertrümmert, um sich zu bewaffnen, und die Räume seien mit Schlagwerkzeugen überfüllt gewesen. Das Heim wurde polizeilich geschlossen.

Übertritt zu den Deutschnationalen. Der bisher der Wirtschaftspartei angehörende preussische Landtagsabgeordnete Meng ist zu den Deutschnationalen übergetreten. Die Wirtschaftspartei erklärt, daß Meng einer von denjenigen war, die feinerzeit am härtesten dafür eintraten, daß die Wirtschaftspartei das Kabinett Dräning und seine Politik, also auch die Notverordnungen, unterstütze.

Das letzte Wort der Lübecker Angeklagten

Urteilverkündung Samstag?

W.D. Lübeck, 2. Febr. (Tel.) In der heutigen kurzen Sitzung des Lübecker Prozesses sprachen die Angeklagten ihr letztes Wort. Prof. Dehde erklärte, es sei seine heiligste Überzeugung, daß höhere Gewalt vorliege. Aber wenn Sie, meine Herren Richter, so sehr er fort, eine Fahrlässigkeit feststellen, dann trifft mich allein und nur mich der Vorwurf. Ich bin bereit, die Sühne anzutreten. Ich bitte Sie, meine Mitangeklagten freizusprechen, sie sind meines Erachtens frei von jeder Schuld.

Der Vorsitzende verlagte die Sitzung auf Samstag nachmittag um 6 Uhr und betonte, daß beabsichtigt sei, dann das Urteil zu verkünden. Sollte sich aber herausstellen, daß noch irgendwelche Fragen zu stellen seien, so wäre mit einer nochmaligen Eröffnung der Verhandlung zu rechnen.

Kurze Nachrichten

103 Mill. Reichsmark Brandschäden 1931. Bei den Gesellschaften der Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungs-gesellschaften in Deutschland beträgt die Summe der im Deutschen Reich im Monat Dezember 1931 angefallenen Schäden insgesamt 861 Mill. Reichsmark, während im Vorjahr für den gleichen Monat 824 Mill. Reichsmark ausgewiesen wurden. Die gesamte Schadenssumme des Jahres 1931 beträgt somit 103,83 Mill. Reichsmark gegenüber 105,70 Mill. Reichsmark im Jahre 1930.

Zum Handelsvertreter der Sowjetunion in Deutschland ist der Vertreter des Volkskommissars für den Außenhandel, Wieser, ernannt worden.

Für Rückgabe Logos und Kameras an Deutschland spricht sich die „Depeche de Toulouse“ aus, das südfrenzösische Blatt, das bekanntlich eine großzügige Geste in der Reparationsfrage verlangt hatte. Dabei könne man nicht von einer Schwäche Frankreichs sprechen, aber die deutschen Forderungen, wie sie bis jetzt gestellt worden seien, würden wesentlich abgeschwächt.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Nach dem Ausweis des Finanzministeriums über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1931 betragen im ordentlichen Haushalt bis Ende Dezember 1931 die Mehrausgaben 19 844 000 M. Im außerordentlichen Haushalt ergab sich eine Mehreinnahme bis Ende Dezember von 65 000 M.

Der Präsident der Österreichischen Nationalbank, Reich, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Rückzahlung des 250-Millionen-Dollar-Kredits durch England. Die Bank von England hat heute, Dienstag, wie bereits vor einigen Wochen angekündigt worden war, die 150-Millionen-Dollar-Schuld an Amerika zurückbezahlt, die den Rest des im August vorigen Jahres der Bank von England durch die Bundes-Reserve-Bank und die Bank von Frankreich gewährten 250-Millionen-Dollar-Kredits darstellt.

Boycott deutscher Waren in Finnland? Auf der Konferenz der finnischen Agrarpartei ist beschlossen worden, zum Protest gegen die Erhöhung des Butterzolles in Deutschland deutsche Waren zu boykottieren.

Lithen und die Cyrenaita befriedet. Der italienische Gouverneur von Lithen erklärt, daß die Rebellion in der Cyrenaita vollständig und endgültig niedergeschlagen ist, und daß zum erstenmal seit zwanzig Jahren, seit der Landung italienischer Truppen in beiden Kolonien, diese vollständig befriedet sind.

Kleine Chronik

Die Nachforschungen nach der flüchtigen Postagentin Anna Stenbl, die in Wasserburg a. d. J. (Oberbayern) 208 000 M. Antisgender unterschlagen hat und mit ihrem Liebhaber, einem Postbeamten aus dem Bayerischen Wald, das Weite gesucht hat, waren bisher erfolglos. Offenbar sind beide nach der Tschechoslowakei geflüchtet. Stenbl hatte die Postagentin seit sieben Jahren inne.

Nach einer Meldung der „Jrftt. Bn.“ hat sich in der Nähe des Dorfes Oberkirchen der bekannte Fallschirmjäger Stod im Walde erhängt. Stod hatte einen Vertrag mit der Kölner Flugzeuggesellschaft. Bei seinem letzten Abprung blieb er in einem Baum hängen, dabei zerbrach der Schirm. Da die Kölner Gesellschaft, an die Stod Forderungen hatte, inzwischen ihre Zahlungen eingestellt hat, war es dem Piloten unmöglich, die Kosten für eine Fallschirmreparatur aufzubringen.

In Aachen wurde im D-Zug Paris-Berlin wegen Schmuggels von engl. Pfunden die Gattin eines Berliner Bankdirektors verhaftet.

Das Danziger Schwurgericht verhandelte gegen 41 Arbeiterschuldner, die Ende vergangenen Jahres einen Nationalsozialisten erschossen hatten. 39 wurden verurteilt, zwei freigesprochen. Die beiden Haupttäter erhielten 3 Jahre 4 Mon. bzw. 2 Jahre 3 Monate Gefängnis.

Der Schnellzug Paris-Mailand ist bei Montreaux entgleist. Der Lokomotivführer wurde getötet und drei Beamte wurden verletzt.

Am Montag, kurz vor Mitternacht, hat in Basel der Möbelhändler Ernst Bittle seine Frau, seine 15 Jahre alte Tochter und sich selbst erschossen. Über den Grund der Tat herrscht noch Unklarheit, insbesondere, da die wirtschaftliche Lage Bittles als gesichert galt.

Karlsruhe und Baden: die Stiefkinder des Süddeutschen Rundfunks

Die heutigen Tageszeitungen veröffentlichten eine Zuschrift, in der bittere Klage geführt wird über die fast vollkommene Ignorierung der badischen Landeshauptstadt und der übrigen badischen Städte bei den Darbietungen des Süd- und Süddeutschen Rundfunks. Die maßgebenden Stellen sollten endlich durch Ausbau oder Neuorganisation der Karlsruher Besprechungsstelle oder auch durch Errichtung eines badischen Senders Wandel schaffen.

Eine genaue Durchsicht des „Südweltfunk“-Programms für die Woche vom 31. Januar bis 6. Februar — so heißt es — zeige wiederum mit handgreiflicher Deutlichkeit, daß der Südweltfunk speziell Karlsruhe bei den zahlreichen Sendungen ganz bedeutend links liegen läßt und auch die übrigen badischen Besprechungsstellen, nämlich Mannheim und Freiburg, ganz bedeutend weniger zu Wort kommen läßt, als beispielsweise den Frankfurter und vor allem den Stuttgarter Sender. Letzterer bestreite noch über 50 Prozent des gesamten süddeutschen Programms. (Von München natürlich abgesehen, das mit diesen Betrachtungen über den Süd- und Südweltfunk nichts zu tun hat.) Karlsruhe bringe ganze drei Darbietungen in dieser Woche. In der Zuschrift wird darauf hingewiesen, daß es Hunderte von Möglichkeiten gebe, das Südweltfunkprogramm durch gute badische Sendungen in jeder Weise und für jedes Interessengebiet zu bereichern. Es wäre dringend zu wünschen, daß die maßgebenden Stellen die Initiative ergreifen und durch entsprechende Eingaben für Abhilfe sorgen.

Badischer Teil

Die Dienstbesätze des badischen Sicherheitsdienstes

Das Staatsministerium hat eine Verordnung erlassen, derzufolge die entsprechenden Bestimmungen der Vierten Notverordnung (§ 8 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Buchstabe a und Abs. 2 des 7. Teils Kapitel VI) auf den badischen Sicherheitsdienst wie folgt angewendet sind:

I. Die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes der Besoldungsgruppen A 12 b bis ausschließlich A 2 c und die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes der Besoldungsgruppe A 2 c mit einem Grundgehalt von nicht mehr als 7800 RM. sind von der Kürzung ausgenommen. II. Es werden gefürzt die Bezüge der Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes in Besoldungsgruppe A 2 c mit einem Grundgehalt von 8100 RM. um 2 v. H., mit einem Grundgehalt von 8400 RM. um 3 v. H., in Besoldungsgruppe A 2 a um 5 v. H., in Besoldungsgruppe A 1 um 7 v. H. III. Bei den Angehörigen des staatlichen Sicherheitsdienstes und bei den Angehörigen der Gemeindepolizei ist entsprechend zu verfahren.

Sechstermässigung auf Nebenbahnen

Die Nebenbahnen der in Konstanz gen. **Badischen Lokal-Eisenbahnen AG.** wurden am 1. Januar d. J. von der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft AG. übernommen. Die frühere Leitung dieser Nebenbahnen versuchte, durch möglichst hohe Frachten ihre Einnahmen zu verbessern. Starke Abwanderungen waren die Folge hiervon. Wie uns jetzt zuverlässig mitgeteilt wird, werden diese hohen Frachten ab 1. Februar 1932 bedeutend herabgesetzt. Durch diese Tarifermässigung werden viele Güterarten bis zu 7 RM. pro 10 Tonnen billiger befördert. Für Holz zum Beispiel gehen die Frachten zum Teil um etwa 6 RM. und mehr für eine 15-Tonnen-Ladung herunter. Die neue Eisenbahn-Gesellschaft erhofft aus dieser für die kurzen Nebenbahnen beachtenswerten Frachtermässigung die Zurückgewinnung des auf andere Verkehrsmittel abgewanderten Güterverkehrs und will es den durch die bisherigen hohen Tarife hart betroffenen früheren Verkehrsträgern ermöglichen, ihre vielfach annähernd oder völlig zum Stillstand gekommenen Betriebe wieder aufzunehmen. Wir hoffen, daß der mutige Schritt der neuen Eisenbahn-Gesellschaft zum Erfolg führt.

Badischer Städtebund

Die finanzielle Notlage der Städte

Der **Badische Städtebund** Verband der mittleren Städte (Badens) hielt im Karlsruher Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters **Kenner** eine von zahlreichen Bürgermeistern des Landes besuchte Ausschusssitzung ab.

Im Vordergrund der Erörterungen stand die gegenwärtige finanzielle Notlage der Städte, die nach Auffassung des Städtebundes nicht die jetzigen Ausmaße angenommen hätte, wenn den Kommunen nicht durch die schädliche Kreditpolitik jede Bewegungsfreiheit genommen worden wäre. Zu alledem nehme der Rückgang der Steuereinnahmen immer größere Ausmaße an, während auf der anderen Seite die Fürsorgekosten dauernd weiter steigen. Der Anteil der Gemeinden an den Überweisungssteuern wird im Jahre 1931 nur etwa noch die Hälfte der Einkünfte im Jahre 1928 betragen. Aber auch bei den **Landessteuern** wird ein neuer Ausfall entstehen, zumal die Gebäudebesondersteuer um 20 Prozent zu senken ist und aus dem Gebäudebesondersteuervertrag ein Betrag von 3,5 Millionen Reichsmark zur Umschuldung der kurzfristigen Gemeindeforderungen abgezogen werden muß. Bei der Regierung wird der Antrag gestellt, daß dieser Umschuldungsbetrag anteilmäßig vom Land und den Gemeinden getragen wird. In der Sitzung wurde weiter erklärt, daß im Rahmen der allgemeinen Zinsenkürzung vor allem auch ein Höchstmaß für die Sollzinsen anzustreben sei. Bei der Regierung will man beantragen, daß die Zinsätze auch derjenigen Darlehen gesenkt werden, die Reich und Land für die Förderung von Notstandsarbeiten gewährt haben.

Wegen der Absicht der badischen Regierung, die Rechnungsprüfung der Städte auf den badischen Rechnungshof zu übertragen, wurde scharfste Verwahrung eingelegt. Zu einer solchen Maßnahme liege kein sachliches Bedürfnis vor.

Die Lage der Brauindustrie in Baden

Die Zentralstelle der badischen Brauereindustrie teilt mit:

Wie schon gemeldet, wurde sowohl vom Reichsernährungsminister als auch vom Reichspreiskommissar beim Bierpreisabbau das unter besonders großem Bierabfallsrückgang leidende Süddeutschland als Notstandsgebiet anerkannt. Demzufolge sind hier für die Prüfung der Bierpreisfrage besondere Kommissare bestellt. Besonders im Grenzland Baden hat die rückläufige Konjunktur und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren schon viel früher eingesezt und sich ungünstiger ausgewirkt als im übrigen Deutschland. Dadurch wurde auch der Bierabfall der badischen Brauereien ungemein schwer in Mitleidenschaft gezogen, wozu auch noch die Konkurrenz des billigen Weines beitrug. Während der Ausstoßrückgang bei den norddeutschen und süddeutschen Brauereien 25 bis 30 Prozent betrug, verzeichnen die badischen Brauereien einen Bierabfall von 65 bis 70 Prozent. Von unparteiischer, sehr sachverständiger Seite wurde errechnet, daß für einen Brauereibetrieb eine Abnahminderung um je 10 Prozent eine Verringerung der verbleibenden Produktion („eiserne Kosten“) um je 1 RM. pro Hektoliter bedeutet, wozu noch eine unheimlich rasch fortschreitende Verschlechterung der namhaften Außenstände kommt. Angesichts dieser Tatsachen muß es, selbst angenommen, daß durch billigere Rohmaterialien, Senkung der Löhne und andere Ersparnisse (die übrigens größtenteils wieder durch Erhöhung der Umsatzsteuer u. dgl. aufgefangen werden) der Deckungspreis für Bier sich etwas ernähigt hat, doch auch dem fernstehenden klar sein, daß bei einem derartigen katastrophalen Abwärtsrückgang die **badischen Brauereien durchweg zur Zeit mit Verlust arbeiten.**

Eine Gewandung kann nur durch bedeutende Abschlebung und letztere nur durch Senkung des Bierausstoßpreises um mindestens 5 Pf. pro Glas erzielt werden, denn nur dann ist es auch dem kleinen Mann wieder möglich, sein gewohntes Bier zu trinken. Unbedingte Voraussetzungen hierfür ist aber, daß die unvermünftig hohen **Biersteuern** — laien doch auf dem Bier jetzt mehr Sondersteuern als der Brauereibehälterpreis vor dem Krieg betrug! — beträchtlich abgebaut werden. Eine Verbilligung des Bierpreises um 1 Pf. pro Glas, die jetzt für Norddeutschland vom Reichskommissar diktiert wurde, hat für den Biertrinker gar keinen Zweck, zumal die kleine Preisermässigung infolge Aufhebung des Bedienungsgeldes meist dem Wirt überhaupt nicht zugute kommt.

Die Rheinbrücken Kraftwerkbauten vor der Vollendung

Am Samstag veranstaltete die Deutsche Handelskammer, Bezirksgruppe Basel, eine Besichtigung der Rheinbrücken Kraftwerkbauten. Dieser Besuch, an dem sich fast 200 Personen beteiligten, wurde dadurch besonders wichtig, daß gerade an diesem Tage mittags um 2 Uhr der offizielle Durchbruch des elfstämmigen Rhein-Seiten-Kanals zum Rhein hin erfolgte.

Am Ausgang des etwa 7 Kilometer langen, 120—150 Meter breiten, bis zu 12 Meter tiefen Kanals unterhalb der steinerne Schwellen, ist der Durchbruch vor einiger Zeit schon erfolgt. Der Kanal übertrifft in seinen Abmessungen sogar noch den Panama- und den Suez-Kanal. Da das Stauwehr seiner Vollendung entgegengeht — die Widerlager auf dem rechten (badischen) und linken (elsässischen) Ufer sowie zwei Strompfeiler mit den dazugehörigen Stone-Schützen sind erstellt; der letzte Strompfeiler in der Mitte ist gegenwärtig im Bau —, ist damit zu rechnen, daß im Monat Mai der erste Anlauf beginnt, so daß die Schifffahrt von da an über die steinerne Schwellen hinweg aufhört und der Großkanal benutzt. Die Schifffahrt auf dem Rhein selbst ist beim Wehrbau von der Mitte auf die linke Rheinseite verlegt worden, wo sie nunmehr den Weg zwischen Widerlager und dem ersten Pfeiler benutzt. Das Stauwehr wird zum Teil auf Reparationskonto von deutschen Firmen erbaut.

Der vollständige Anlauf soll bis zum Frühjahr nächsten Jahres bis auf etwa 12 Meter Höhe durchgeführt sein, bis zum September 1932 auf etwa 7 Meter Höhe. An dem eigentlichen Kraftwerkbau, der sich unterhalb der Gabelung des Kanals in Schiffahrts- und Wehrkanal über den letzteren Weg, um durch sechs Turbineneinheiten eine Kraftleistung von 200 000 Pferdestärken herbeizubringen, wird mit Hochdruck gearbeitet. Mit dem Einsetzen der ersten Turbine elsässischen Fabrikats wird demnächst begonnen. Die Schiffahrts-schleusen im Kanal, von denen die eine 100 Meter und die andere 185 Meter lang ist, bei einer Nutbreite von je 25 Meter, sind für die baldige Eröffnung des Schiffahrtsbetriebs beinahe fertiggestellt und sollen in Kürze ihre erste Probe auf Wasserfestigkeit bestehen.

Gemeinderinderndschau

Verbilligung der Tarife

Der Gemeinderat **Wühl** hat eine Senkung der städtischen Tarife beschlossen. Hiernach werden die Strompreise ab 1. Februar 1932 bezüglich des Lichtstromes von 39 Pf. auf 37 Pf. pro Kilowattstunde, bezüglich des Kraftstromes für Kleinabnehmer nach der Staffel von 24 bis 20 Pf. jezt auf 23 bis 19 Pf. ermäßigt. Für die Großabnehmer des Kraftstromes wird für die Preisfestlegung entsprechend einer Kohlenkauf in der Stafflung durchgehend eine Senkung von 1 Pf. pro Kilowattstunde vorgenommen. Die Zählermiete wird durchschnittlich um 25 Prozent gesenkt. Der Wasserzins erfährt ab 1. Januar 1932 eine Senkung von 10 bis 15 Prozent. Die Schlachthausgebühren erfahren ab 1. April 1932 eine Verringerung um 17 Prozent, die Marktgebühren ab 1. Februar 1932 eine solche um 20 Prozent. — Die Verpflegungskosten des Krankenhauses werden ab 1. März 1932 durchgehend um etwa 10 Prozent gesenkt.

In **Wiesloch** hat die Licht- und Kraftversorgung G. m. b. H. die Strompreise ab 1. Januar 1932 von 45 auf 40 Pf. ermäßigt. Beim Haushaltsstarif wurde die Grundgebühr von 70 auf 60 Pf. herabgesetzt, während die Verbrauchsgebühr von 10 Pf. pro Kilowattstunde bei diesem Tarif bestehen bleibt. Beim Kraftstrom tritt eine Ermäßigung von 35 auf 30 Pf. für die landwirtschaftlichen Betriebe und von 15 auf 10 Pf. für die Gewerbebetriebe in der dritten Staffel ein.

Bürgermeisterwahl. In **Nellingen** (Amt Waldshut) wurde **Schmidmeister Gert** mit 101 Stimmen gewählt. Der frühere Bürgermeister **Alfred Schlachter** erhielt 62 Stimmen.

Die Schulbeiträge Schweinens. Im Gemeinderat Schweinens wurde von der Mitteilung des Finanzministers Kenntnis genommen, wonach der Antrag der Stadtgemeinde um Nachlaß der Beiträge zum persönlichen Aufwand der Volksschule und Fortbildungsschule in Höhe von 26 000 RM. abgelehnt wurde. Der Gemeinderatsbericht sagt dazu: Deckung im Haushalt für diese Belastung fehlt.

Einigung in der Kurztaxfrage. Die städtischen Schauspiele bis 1. April gestrichelt. Am Donnerstag gelangte der Stadtrat **Baden-Baden** nach einer neuerlichen Behandlung der Kurztaxfrage zu einer Einigung. Einem Vorschlag der wirtschaftlichen Verbände entsprechend, sollen neben der Ermäßigung der Kurztaxe auch die Monatskarten eine Verbilligung erfahren. In der Schulfrage wollen die Fraktionen nochmals Stellung nehmen. Die Regierung empfiehlt die Vereinigung der beiden höheren Mädchenschulen zu einer Anstalt mit Volkshaus. Die Fortführung der städtischen Schauspiele ist bis zum 1. April gestrichelt. Oberbürgermeister **Effner** gab einen ausführlichen Bericht über die finanzielle Lage dieses Instituts.

Aus der Landeshauptstadt

Der Prozeß gegen den **Wattenmörder Schnaiter**, Am 16. und 17. Februar findet vor dem Karlsruher Schwurgericht der Prozeß gegen den 30 Jahre alten Mediziner **Karl Schnaiter** statt, der am Morgen des 30. September in seiner Wohnung in der Kapellenstraße nach einem Wortwechsel seiner Frau mit dem Rasiermesser einen tiefen Schnitt am Halse beibrachte, so daß die Verletzte nach kurzer Zeit infolge des großen Blutverlustes starb. Die Anklage lautet auf Totschlag. — Am Montag, den 15. Februar, kommt ein Weineidsfall zur Verhandlung.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Gustav Freytags großer Roman „**Soll und Haben**“ hat schon vor mehreren Jahren seinen Weg zum Film gefunden und nun sind neue Kopien hergestellt. Der Film kann natürlich nicht im entferntesten die Erzählungskunst des Dichters offenbaren, da ihm ja nicht ganz zwei Stunden zur Verfügung stehen. Er gibt nur die hauptsächlichsten Begebenheiten wieder, dies aber in einer Weise, die der Regie alle Ehre machen. Längst ist dieses Werk Freytags Allgemeingut des deutschen Volkes geworden. Die Eintrittspreise sind jetzt so niedrig gehalten, daß jedermann, der noch einige Groschen zur Verfügung hat, das Konzerthaus besuchen kann.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Im Norden des Landes war eine neue Zyklone innerhalb 48 Stunden von Island bis nach Finnland gezogen. Sie verursachte gestern zunächst in Norddeutschland trübes Regenwetter. Die Bewölkung schob sich dann im Laufe des gestrigen Tages in südlicher Richtung bis zu den

Alpen vor, so daß heute auch bei uns trübes Wetter herrscht. Nur im Norden des Landes sind stellenweise unbedeutende Niederschläge aufgetreten; es ist auch für morgen noch nicht mit nennenswerten Niederschlägen zu rechnen, da über Mitteleuropa der Luftdruck bereits wieder steigt. Die allgemeine Entwicklung der Wetterlage spricht jedoch sehr dafür, daß der Abschluß der Hochdruckwetterlage unmittelbar bevorsteht und wir allmählichen Übergang zu Westwetter erwarten müssen. — **Vorausgabe:** Vorerst noch vorwiegend trocken und wieder aufheiternd, sonst keine wesentliche Änderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Heidelberg, 1. Febr. In Late Placid betunglückte der Führer des deutschen Weltmeister-Biererebobs, Hauptmann a. D. **Jahn** (Braunschweig) beim Training schwer. Er ist der Sohn des früheren Heidelberger Schlachthofdirektors **Jahn**.

D. B. Großschafen, 2. Febr. Der Gendarmerie gelang es, einen aus **Ladenburg** stammenden Burschen unter dem dringenden Verdacht festzunehmen, im November vorigen Jahres den **Raubüberfall** auf die 83jährige Landwirtswitwe **Hör** in **Heiligkreuz** ausgeführt zu haben. Zwei Komplizen, die während des Überfalls Schmiere standen, wurden ebenfalls verhaftet.

D. B. Forzheim, 1. Febr. Gartendirektor **Hans Hoffmann**, der im 54. Lebensjahre steht, blickt auf eine 23jährige Tätigkeit im Dienste der Stadt zurück. — Der Landesverband Baden im Reichsverband des Deutschen Gartenbauers e. V. hält am nächsten Sonntag hier eine Jahresversammlung ab.

Abd. Forzheim, 1. Febr. Der erste Maskenball in dieser Karnevalszeit, veranstaltet von der hiesigen Karnevals-gesellschaft, hatte etwa 2400 Besucher aufzuweisen. Am Schluß, ungefähr nach 2 Uhr, kam es in der Wirtschaft zum Saalbau zu **Auseinandersetzungen**, die wahrscheinlich politische Gründe hatten, nachdem schon vorher die Polizei drei mal hatte im Saal einschreiten müssen. Zwei Polizeibeamte in Zivil-eidung wurden tödlich angegriffen und mit Stühlen und Biergläsern erheblich mißhandelt. Zwei Personen wurden festgenommen.

D. B. Billingen, 2. Febr. Die Billinger Staatspolizei mußte gegen 24 Mitglieder der Billinger SA-Gruppe der NSDAP. einschreiten, weil sie in der Nacht zum Sonntag einen **Nacht-marsch** ausführten, obwohl durch Notverordnung vom 8. Dez. 1931 in der Zeit von 17 bis 7 Uhr solche Marsche überhaupt nicht gestattet sind.

D. B. Schwarzenbach (Amt Neustadt), 2. Febr. Das Jubiläum der 40jährigen Dienstzeit kann der Ratsschreiber **Jakob Straub** begehen, der im 76. Lebensjahre steht, seinen Dienst aber noch rüstig verzieht. Der Jubilar, der sich in der Gemeinde **Schwarzenbach-Rudenberg** befindet, stammt aus der ältesten Gemeindebeamtenfamilie und eine der längsten Dienstzeiten hinter sich haben.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	2. Februar		1. Februar	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.43	169.77	169.43	169.77
Kopenhagen 100 Kr.	80.12	80.28	79.77	79.93
Italien 100 L.	21.06	21.10	21.02	21.07
London 1 Pf.	14.53	14.57	14.46	14.50
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.55	16.59	16.56	16.60
Schweiz 100 Fr.	82.08	82.24	82.11	82.27
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Januar 1932 hat sich in der vierten und letzten Januarwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 209,1 Mill. auf 4407,1 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 13,9 Mill. auf 419,8 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 14,8 Mill. auf 1092,9 Mill. Reichsmark vermindert. In einzelnen haben die Goldbestände um 8,6 Mill. auf 947,8 Mill. Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 6,2 Mill. auf 145,1 Mill. Reichsmark abgenommen. — Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,8 Prozent gegen 26,4 Prozent in der Vorwoche.

Zinsabkommen. Der Kreditausschuß für den Bezirk Baden-Pfalz hat sich gebildet und mit den ihm auf Grund der veröffentlichten Abkommen übertragenen Arbeiten begonnen. Die **Soll- und Haben-Zinsätze für Baden-Pfalz** sind in engem Anschluß an die von den Spitzenverbänden vereinbarten Sätzen festgelegt worden. Alle Unternehmungen, die gewerbsmäßig Geldgeschäfte betreiben, auch wenn sie nicht einem der Verbände, die die Abkommen unterzeichnet haben, angehören, sind verpflichtet, die nunmehr festgelegten Bedingungen einzuhalten.

Zahlungen an Ausländer. In Anbetracht der sich häufenden Verzögerungen wegen Verzögerungen gegen die Devisennotierungen wird von zuständiger Berliner Stelle noch einmal darauf hingewiesen, daß alle Zahlungen an Ausländer, auch Barzahlungen im Inlande, soweit sie über die Freigrenze von 200 RM. in einem Monat hinausgehen, genehmigungspflichtig sind.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruberückungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Regierungsdirektor Dr. **Hans Arnold** zum Regierungsrat beim Bezirksamt **Karlsruhe**; Gendarmeriekommissar **Georg Weis** in **Aberlingen** zum Gendarmerieinspektor.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Landrat **Geb. Regierungsrat Dr. Karl Baur** in **Karlsruhe**; Polizeidirektor **Geb. Oberregierungsrat Freiherr von Red** in **Baden-Baden**.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Erster Medizinrat als Bezirksarzt **Dr. Hermann Stengel** in **Forzheim**.

Zur Ruhe gesetzt: Polizeioberwachmeister **Josef Seebach** in **Forzheim**.

E. Büchle spezialhaus für Bilder u. Einrahmungen

Inh. W. Bertsch.

Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr.

Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster.

Gute Ausführung bei billiger Berechnung. Große Auswahl.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 5

W o r t u n g: Erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto
vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

2. Februar 1932

Die Bezüge der außerplanmäßigen badischen Beamten

II. (Schluß)

Über die Kürzung der Bezüge der außerplanmäßigen Beamten zufolge der letzten Reichsnotverordnung (vom 8. Dez. 1931) gilt folgendes:

Um die Kürzung, wie sie bei rückwärtslofer Anwendung der Reichsnotverordnung sich gestalten müßte, nicht zu rigoros ausfallen zu lassen, nachdem die Grundbezüge und Wohnungsgeld zum Teil schon erheblich gekürzt worden sind und nachdem im badischen Notgesetz vom 9. Juli 1931 eine Freigrenze von 2000 RM. vorgegeben war, die die neueste Reichsnotverordnung nicht kennt, war es geboten, gewisse einschränkende Bestimmungen zu treffen, damit die gekürzten Bezüge im Vergleich mit denen der außerplanmäßigen Reichsbeamten einigermaßen in Einklang stehen.

1. Dementsprechend werden die Bezüge der lebigen außerplanmäßigen Beamten vom 1. Januar 1932 an ohne Rücksicht auf ihre Höhe statt um 9 v. H. nur um 5 v. H. gekürzt. Dies darf aber nicht dazu führen, daß der lebige Beamte dadurch mehr erhält als sein Kollege in der nächst höheren Vergütungsstufe und als der um 9 v. H. gekürzte, vergleichbare Reichsbeamte.

2. Wenn die Bezüge eines außerplanmäßigen Beamten (auch der verheirateten) nach Durchführung der 1. und 2. Reichskürzung 2000 RM. jährlich und weniger betragen, so werden sie um 5 oder 9 v. H. nur dann und insoweit gekürzt, als sie hierbei die Bezüge eines vergleichbaren Reichsbeamten nach den drei Kürzungen noch überschreiten.

Beispiel:

a) Ein lebiger außerplanmäßiger Beamter der Gruppe A 4 im 2. Vergütungsdiensjahr in Ortsklasse A erhält als badischer Beamter eine Grundvergütung von jährlich 1800 RM., dazu den Wohnungsgeldzuschuß mit 30 v. H. aus 534 RM., d. i. 160,20 RM., im ganzen also 1960,20 RM.

Der vergleichbare Reichsbeamte bezieht 2000 RM. Grundvergütung und 534 RM. Wohnungsgeldzuschuß, also zusammen 2534 RM., nach Abzug der drei Reichskürzungen von 6 + 4 + 9 = 19 v. H. mit 481,46 RM., also noch 2052,54 RM.

Werden die Bezüge des badischen Beamten mit 1960,20 RM. um 6 + 4 = 10 v. H., d. i. um 196,02 RM., gekürzt, so betragen sie noch 1764,18 RM. (liegen also unter 2000 RM.); sie überschreiten aber auch die gekürzten Bezüge des Reichsbeamten nicht, infolgedessen tritt hier eine weitere Kürzung der Bezüge des badischen Beamten überhaupt nicht ein.

b) Ein lebiger außerplanmäßiger Beamter der Gruppe A 11 im 5. Vergütungsdiensjahr in Ortsklasse A bezieht

	als badischer Beamter	als Reichsbeamter
an Grundvergütung	1400,—	1400,—
an Wohnungsgeldzuschuß (30 v. H. aus 348 RM.)	104,40	348,—
zuf.:	1504,40	1748,—
Kürzung (1. und 2.)	64,40	832,12
Rest:	1440,—	1415,88

In diesem Fall sind die Bezüge des badischen Beamten nach der ersten und zweiten Reichskürzung höher als die des Reichsbeamten nach den drei Kürzungen; der badische Beamte muß in seinen Bezügen deshalb weiter gekürzt werden, allerdings nicht um volle 5 v. H. Würde man 5 v. H. kürzen, so fänden seine Bezüge unter die des vergleichbaren Reichsbeamten, sein Bezug wird deshalb nur insoweit gekürzt, daß er dem des Reichsbeamten gleichkommt, also um den Betrag von 24,12 RM., so daß er noch 1415,88 RM. (1440 — 24,12) erhält.

3. Durch die neue Kürzung um 5 oder 9 v. H. dürfen die Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (auch der verheirateten) nicht unter den Betrag von 2000 RM. jährlich gesenkt werden; wenn jedoch auch die Bezüge des vergleichbaren Reichsbeamten nach den drei Kürzungen unter 2000 RM. jährlich liegen, so darf die Kürzung bis zu diesem Betrag erfolgen. In diesem Fall werden die Bezüge des badischen Beamten höchstens auf den Betrag der Bezüge des vergleichbaren Reichsbeamten gekürzt.

Beispiel:

	Ein verheirateter außerplanmäßiger Beamter der Gruppe A 8 im 5. Vergütungsdiensjahr in Ortsklasse A bezieht	als badischer Beamter	als Reichsbeamter
an Grundvergütung		1600,—	1650,—
an Wohnungsgeldzuschuß		732,—	732,—
zuf.:		2332,—	2382,—
Kürzung (6 + 4) 10 v. H.		233,20	
Kürzung (6 + 4 + 9) 19 v. H.			490,58
Rest:		2098,80	2091,42

Der badische Beamte unterliegt demnach einer weiteren Kürzung von zunächst 9 v. H. = 209,88 RM., dadurch würde er nur 1888,92 RM. erhalten, es müssen ihm aber 2000 RM. verbleiben, also werden seine Bezüge nur um 98,80 RM. weiter gekürzt.

Die Preislenkung

Zum Stande der Preislenkungen hat die Pressestelle des Ortskartells Karlsruhe des Deutschen Beamtenbundes zu bemerken:

Der Preisprüfungskommissar, Herr Goerdeler, kommt in wenigen Tagen zu einem vorläufigen Abschluß seiner Preislenkungsmaßnahmen. Die Preislenkungen haben das erwartete Maß bis jetzt bei weitem nicht erreicht. Wie schon oft, hat sich der Grundjahrs befristet, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Wir erinnern an die Fleischpreise, die bereits vor den amtlichen Senkungsmaßnahmen auf das heute erträgliche Maß gesenkt waren. Wenn sich gleich zu Beginn der angekündigten Preislenkungen Schuß- und Textilgeschäfte von Herrn Goerdeler befristet liegen, daß ihre Artikel absolut keine Ermäßigungen mehr ertragen und sich die anderen Ermäßigungen, so begünstigend wie auch sein mögen, auf Artikel beziehen, an denen der Beamtenhaushalt wenig oder gar nicht beteiligt ist, so kann von einem fühlbaren Ausgleich bis heute nicht gesprochen werden. Daran ändern auch die bislangigen Mieterermäßigungen, Strom- und Gaspreislenkungen, gekürzte Straßenbahnfahrpreise und billigere Postgebüh-

ren nicht viel. Wir müssen feststellen, daß nach Verlust eines Fünftels bis eines Viertels der früheren Bezüge in jedem Beamtenhaushalt harte Einschränkungen, hauptsächlich aber in der unteren Beamtenschaft, die zwei Drittel der Gesamtbeamtenschaft ausmacht, jedoch Sorge und Not eingetretet sind. Anständige Wohnungen, wie sie ein Volkstaat befehlen, müssen gekündigt werden und bleiben leer stehen, eine gute Schulbildung der Kinder bleibt einer kleinen Oberschicht vorbehalten, der Milchkonsum, die Nahrung der Kleinsten, geht erschreckend zurück und „kauter Lampenschein“ alter Petroleumlampen leuchtet wieder in das heutige Lebensniveau, denn schon weisen die Handelsberichte von einer größeren Nachfrage nach Petroleum zu erzählen. Gewisse Markenwaren sollen überhaupt ganz vom Inlandsmarkt verschwinden. Ein verheirateter Betriebsassistent der Reichsbahn bezieht ein Nettoeinkommen von genau 130,07 RM. (Brutto 148,27). Hieran muß er nun die Ausgaben für Miete, Licht, Heizung, Kleidung, Kirchensteuer, Winternothelfen, Kultur usw. bestreiten. Jetzt kann man verstehen, daß sein Küchensettel schon an den eines ausgereichteten Rittmeisters angepaßt werden muß. Und das ist noch nicht der schlechtest bezahlte Beamte. Hier ist der längst überspannte Bogen gebrochen, und wenn nicht rücksichtslosere Preislenkungen eintreten oder entsprechende Kaufkrafthebungen folgen, macht sich in Deutschland eine Verelendung größter Volksschichten breit, deren Folgen nicht vor auszuweichen sind. Hierbei sei bei Zeiten gewarnt!

Steuermäßigung durch Erhöhung der steuerfreien Beträge

Die Steuererleichterungsmöglichkeit ist den Lohnsteuerpflichtigen durch die Notverordnung vom Juni 1931 genommen worden, dagegen können Anträge auf Erhöhung der steuerfreien Beträge unter den gesetzlichen Voraussetzungen nach wie vor gestellt werden.

Eine solche Erhöhung ist davon abhängig, daß die als Werbungskosten und Sonderleistungen zugelassenen Abzüge den Betrag von 40 M monatlich übersteigen. Als zugelassene Abzüge gelten hierbei Beiträge zur Sozialversicherung, also zur Kranken-, Invaliden-, Angehörigen- und Arbeitslosenversicherung, ferner Sterbegeld- und Lebensversicherungen, weitere Ausgaben für die Berufsbildung, Kirchensteuern, Gewerkschaftsbeiträge und Aufwendungen an Berufsunterstützungs- und ähnliche Einrichtungen. Weiter kommen als Werbungskosten hinzu die Kosten für Fahrten zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte sowie Ausgaben für Berufsausbildung. Soweit alle diese Aufwendungen den Betrag von 40 M monatlich übersteigen, kann eine entsprechende Erhöhung der 40-M-Pauschale beantragt werden. Daneben kann auch eine Erhöhung des steuerfreien Betrages im engeren Sinne (60 M) nachgesucht werden, und zwar wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse. In Betracht kommen hier vor allem außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt, Erziehung und Berufsausbildung der Kinder, durch Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Verschuldung und Unglücksfälle. Eine Erhöhung kann auch eintreten, wenn der Steuerpflichtige im vorliegenden Jahr arbeitslos gewesen ist und seinen Lebensunterhalt im wesentlichen aus Eripfarrnissen bestritten hat.

Anträge sind unter Vorlegung der neuen Steuerkarte und ausreichenden Belegen an das zuständige Finanzamt zu richten. Wegen der Entscheidung des Finanzamts ist die Beschwerde zulässig.

Seit 1930 ist Kaffee Hag 31% billiger!

1 Pfund Kaffee Hag kostete:	Ermäßigung
Langjähriger Preis nach Goldumstellung	RM 5.00
Februar 1930	RM 0.50
Februar 1931	RM 0.45
März 1931 Zollerhöhung, trotzdem keine Preiserhöhung	RM 0.20
31. Dezember 1931	RM 0.40
Gesamt-Ermäßigung 31% = RM 1.55	

Die bewährte Qualität ist unverändert.

Für erste Sorten coffeinhaltigen Kaffees sind Preise von über RM 4.00 keine Seltenheit. Kaffee Hag kostet nur RM 3.65 das Pfund.

Wir bemühen uns, den Kaffee Hag so billig wie möglich zu liefern. Noch billiger könnte Kaffee Hag nur dann werden, wenn der Zoll ermäßigt, oder die Bezugspreise von Übersee gesenkt würden.

Der Zoll beträgt aber noch immer auf jedes Pfund

gerösteten Kaffee RM 1.00. Der Kaffeepreis ist schon so niedrig, daß die Plantagen, welche unsere hochwertigen Kaffees liefern, bereits mit Verlust arbeiten.

Eine 10%ige Lohnsenkung laut Notverordnung macht infolge des hohen Zolles auf den Verkaufspreis von einem Pfund Kaffee etwa 2 Pfg. aus, die Senkung der Postgebühren und Frachten 1/2 Pfg.

Dagegen beträgt die Mehrbelastung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2% bei 1 Pfund Kaffee 3 Pfg.



Das große Paket jetzt nur RM 1.46, das kleine 73 Pfg.

Jeder Kaffeetrinker kann sich heute den guten Kaffee Hag leisten!

Verfertigung der Sidingen-Straße in Freiburg i. Br.: Enteignung von Grundstücken der Kurt Bartles Eheleute daselbst.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 15. Januar 1932 Nr. 244 gemäß § 1 und 31 des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, daß der Naturheilkundige Kurt Bartles und seine Ehefrau Luise Johanna geb. Weder in Freiburg als Miteigentümer der Grundstücke Ggb. Nr. 14 166 und 14 166 a der Gemarkung Freiburg verpfändet sind, die beiden Teilgrundstücke Ggb. Nr. 14 166 und 14 166 a an die Stadt Freiburg zum Zwecke der Übernahme und des Ausbaus der Sidingen-Straße nach Maßgabe des Planes der Stadt vom 10. Dezemb. 1929

gegen vorherige angemessene Entschädigung abzutreten. Freiburg i. Br., den 28. Januar 1932. R. 813
Bad. Bezirksamt — Abt. 2.

Ich bin als Rechtsanwalt

beim Landgericht Karlsruhe, der Kammer für Handelssachen in Pforzheim und bei den Amtsgerichten zugelassen.

E. Klingenfuss, Rechtsanwalt
Kaiserstraße 187 L. 908
(Haus Galerie Moos) Fernruf 2020

Besehung des Wahlbezirks Wahl IV.

Die Stimmzettelstelle mit dem Wohnsitz in Rengen, umfassend die Distriktsgemeinden Fautenbach, Gamsfurt, Großweier, Mösbach, Rensbach, Rengen, Wagsfurt und Waldulm ist neu zu besetzen.

Wahlberechtigte sind nach Maßgabe des § 5 der Stimmzettelverordnung vom 19. November 1921 mit einer Frist von 4 Wochen hierher einzufinden.

Wahl IV, den 29. Januar 1932. R. 812
Bad. Bezirksamt.

B. 657. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma H. Ehresmann & Co. G. m. b. H. in Via, Schuhmaschinen-Betrieb in Karlsruhe, Kaiserstraße 243, wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist: Bankdirektor a. D. Hubert Weiß in Karlsruhe, Sophienstraße 43.

Konkursforderungen sind bis zum 15. März 1932 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 26. Februar 1932, nachmittags 4 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Freitag, den 1. April 1932, nachmittags 4 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stod. Zimmer 40. Der Gegenstand der Konkursmasse besteht oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Rest der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 15. März 1932 anzugeben. Karlsruhe, den 30. Januar 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.



Badisches Landesheater

Mittwoch, 3. Februar 1932

*A 17 (Wittwochnmiete)

Zb. - Gem. 900-1000

Der Troubadour

Von Verdi

Dirigent: Schwarz

Regie: Prusch

Mitwirkende:

Effelgroth, Haberlorn,

Winter, G. Gröbinger, G.

Spach, Kiefer, Kettwig,

Dermer, Lindemann

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2

Preise D 0,90-5,70 RM

Do. 4.2. Der Widerpenntigen

Jahmung, Fr. 5.2. Fastnacht-

Kabarett Sa. 6.2. Fastnacht-

Kabarett So. 7.2. Nach-

mittags: Fastnacht-Kabarett

Abts.: Fastnacht-Kabarett

Ra. 8.2. Fastnacht-Kabarett.

Di. 9.2. Fastnacht-Kabarett.

B. 656. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Süddeutsche Schreibmaschinen- u. Büro-Einrichtungen - Ges. m. b. H. in Karlsruhe, Kaiserstr. 223, wurde heute vormittag 10 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Bankdirektor a. D. H. B. Börner in Karlsruhe, Kaiserstr. 223. Vergleichstermin ist am 26. Februar 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stod. Zimmer Nr. 40. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 30. Januar 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Wir werben für Sie!

WEISSE WOCHE
10% auf nur langjährig erprobte
Qualitätswaren
Beachten Sie bitte alle meine Schaufenster

OERTEL
WÄSCHE UND BETTEN
KAISERSTRASSE 101/103
699